

Thomas Jäger
Henrike Viehrig (Hrsg.)

Sicherheit und Medien

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEO
RIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN
PARLAMANTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDER
ALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMU
NIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT BERECHTIGKEIT STAAT POLI
TISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES
SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLI
TISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMANTARISMUS DEMOKRATIE
MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE
GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTS
STAAT BERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDES
TAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAH
LEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE
PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Thomas Jäger · Henrike Viehrig (Hrsg.)

Sicherheit und Medien

Thomas Jäger
Henrike Viehrig (Hrsg.)

Sicherheit und Medien



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16789-3

Inhalt

Sicherheit und Medien im Zeitalter veränderter Kommunikationsmöglichkeiten <i>Thomas Jäger/Henrike Viehrig</i>	7
---	---

1 KOMMUNIKATIONSPOLITIK: DIE EIGENDARSTELLUNG VON SICHERHEITS- AKTEUREN IN DEN MEDIEN

Die Eigendarstellung staatlicher Sicherheitsakteure in den Medien. Das Beispiel der Bundeswehr <i>Olaf Theiler</i>	25
--	----

Die Eigendarstellung privater Militär- und Sicherheitsfirmen in den Medien. Krisenkommunikation der Firma Blackwater <i>Sabine Janatschek</i>	35
---	----

Politische Kommunikation in Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Eine Bestandsaufnahme <i>Till Blume</i>	53
---	----

2 REDAKTIONSPOLITIK: BERICHTERSTATTUNG ÜBER SICHERHEITSPOLITIK

Unsichere Sicherheitskräfte. Die mediale Darstellung der Bundeswehr-Ausrüstungspolitik im Afghanistaneinsatz <i>Jochen Fischer</i>	79
--	----

Nähe und Bedrohung. Medienberichterstattung über illegale Einwanderung aus Afrika <i>Kerstin Fohrn</i>	93
--	----

3 SICHERHEITSPOLITIK: MEDIEN IM SICHERHEITSPOLITISCHEN IMPLEMENTATIONSPROZESS

Medienhilfe als Instrument militärischer Organisationen <i>Friederike von Franqué</i>	111
Hooligans, Medien und Sicherheit bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 <i>Björn Willms</i>	125
Staatspolitische Souveränität und innere Sicherheit im Zeitalter globaler Medien <i>Ibrahim Ahmadov</i>	141
Gezielte Krisenkommunikation im Spannungsfeld von medienökonomischen Zwängen und politischen Imperativen <i>Christoph Rohde</i>	161

4 ANHANG

Autorenverzeichnis	185
Personen- und Stichwortverzeichnis	187

Sicherheit und Medien im Zeitalter veränderter Kommunikationsmöglichkeiten

Thomas Jäger/Henrike Viehrig

- 1 Sicherheit als Wert und Nachrichtenwert
- 2 Erweiterte Sicherheit, weite Medien
- 3 Teleaktion oder Multiplikatorfunktion?
- 4 Technologie und Privatisierung
- 5 Adressaten und Kommunikationsstrategie

Sowohl „Sicherheit“ als auch „Medien“ sind Begriffe, die in den unterschiedlichsten Zusammenhängen verwendet werden. Mit „Sicherheit“ wird meist ein zutiefst subjektives Gefühl der Unversehrtheit und Unbedrohtheit bezeichnet; der Begriff „Medien“ verweist entweder auf die Gesamtheit der Massenmedien oder bezeichnet speziell „neue Medien“ im technischen Sinn, die durch veränderte Kommunikationsmöglichkeiten verschiedene Sicherheitsaspekte beeinflussen können. Dieser wechselseitige Zusammenhang von Sicherheit und Medien unter dem Einfluss der Globalisierung ist das Thema dieses Buches. Es beschreibt die Interessen verschiedener Akteure unter neuen Kommunikationsbedingungen und die Reaktionen, die im Zuge der technologischen und politischen Veränderungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zu beobachten sind.

Mit den Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfelds sind in den letzten Jahren einige der analytischen Differenzierungen des Politikfelds Sicherheit fragwürdig geworden, die in den Jahrzehnten zuvor die politikwissenschaftlichen Debatten dominierten. Die Vieltätigkeit sicherheitspolitischer Herausforderungen seit dem Zweiten Weltkrieg wurde zwar erkannt und in allen Facetten beschrieben: Humanitäre und ökologische Bedrohungen wurden in einigen Analysen sogar zur zentralen sicherheitspolitischen Herausforderung erklärt (Sprout/Sprout 1968; Meadows/Meadows/Randers 1972). Jedoch leitete z.B. die nuklearpolitische Kategorisierung die Forschungen besonders stark an, was am Einfluss der Abschreckungstheorie auf die sicherheitspolitische Forschung während des Ost-West-Konflikts abzulesen ist.

Solche Differenzierungen bilden kaum noch die Grundlage von Analysedesigns. Dies gilt insbesondere für die bisherige Kategorisierung von öffentlich und privat organisierter Sicherheitsleistung einerseits, die Abgrenzung von innerer und äußerer Sicherheit andererseits und auch für die Unterscheidung von *high* und *low politics*. In diesem Auflösungsprozess sind neue Akteure auf dem Politikfeld Sicherheit sichtbar in Erscheinung getreten – und für andere haben sich Handlungsbedingungen und -anforderungen stark verändert. Die deutsche Debatte um Einsätze der Bundeswehr im Innern, das verstärkte Auftreten von Akteuren klandestiner Sicherheitspolitik, die Zunahme internationaler Polizeimissionen und die Präsenz privater Sicherheits- und Militärfirmen in internationalen Krisensituationen

können hier ebenso beispielhaft genannt werden wie Fragen der Infrastruktur- und Informationssicherheit sowie der asymmetrischen Kriegsführung, der transnationalen Kriminalität und der Ausbildung von Gewaltmärkten in parastaatlichen Räumen.

In diesen komplexen, neu organisierten Verschränkungen gilt unser Interesse insbesondere dem Zusammenspiel der genannten neuen Akteure mit Medien und Öffentlichkeit auf dem tiefreichend veränderten Sachgebiet der Sicherheit. Mit Kommunikations-, Redaktions- und Sicherheitspolitik sollen drei unterschiedliche Perspektiven die Struktur dieses Bandes bestimmen: (1) Welche Interessen verfolgen Akteure auf dem Sachgebiet der Sicherheit gegenüber Medien und wie setzen sie diese Interessen in medienorientierte Maßnahmen um? (2) Wie werden Sicherheitsakteure in den Medien dargestellt? Und (3) wie werden Medien in den sicherheitspolitischen Implementationsprozess einbezogen? Unser Blickwinkel auf die Leitfragen des Bandes ist ein politikwissenschaftlicher. Demnach stellt Sicherheit einen Wert dar, der durch politisches Handeln asymmetrisch in und zwischen Gesellschaften verteilt wird.

1 Sicherheit als Wert und Nachrichtenwert

Neben Wirtschaft und Herrschaft ist Sicherheit einer jener drei Sachbereiche, in denen Werte autoritativ und entsprechend der asymmetrisch bestehenden Fähigkeiten verteilt und generiert werden (Czempiel 1996: 6). Damit eröffnet Sicherheitspolitik tendenziell ein weites analytisches Feld, das sowohl theoretisch als auch methodisch in den letzten Jahren intensiv weiterentwickelt wurde (Shultz/Godson/Quester 1997; Buzan/Waever/de Wilde 1998; Siedschlag 2006). Für dieses Buch wurde ein Analysefokus gewählt, der auf die mediale Vermittlung von Sicherheitspolitik und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für sicherheitspolitische Akteure zielt. Beide Perspektiven – die der sicherheitspolitischen Akteure und die der medialen Akteure – weisen Schnittstellen auf, die hier besprochen werden sollen.

Aus sicherheitspolitischer Perspektive kommt dabei den Medien vor allem eine Multiplikatorfunktion zu. In der Außen- und Sicherheitspolitik, in der traditionell die Exekutive der handlungsmächtigste Akteur ist, werden die Medien eher als *Verbreiter* von politischen Informationen denn als eigenständiger *Akteur* im sicherheitspolitischen Kommunikationsprozess gesehen. Die Verbreitungswirkung der Medien ist insbesondere im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik derart stark, weil Massenmedien der Öffentlichkeit oft als einzige Informationsquelle dienen (Lippmann [1922] 2004: 15-17). Denn anders als bei innenpolitischen Maßnahmen sind die Aktionen und die Auswirkungen der Außen- und Sicherheitspolitik oft nicht direkt erfahrbar und gleichzeitig besteht die Tendenz, Probleme der Sicherheit vornehmlich an staatliche Akteure zu adressieren. Insgesamt steht also den Akteuren des Sachgebiets „Sicherheit“ im Kommunikationsprozess zur Öffentlichkeit ein beträchtlicher Handlungsspielraum offen (s. der Beitrag von Jochen Fischer in diesem Band).

Dass Medien eher als Multiplikatoren beobachtet werden heißt aber nicht, dass sie nicht auch, paradoxerweise sogar ohne eigenständige sicherheitspolitische Agenda, als Akteure auftreten und sich selbst geschuldet Wirkung entfalten. Medien können Furcht generieren und die Perzeption von Risiken verändern (Altheide 2002). Die Unterscheidung

zwischen Bedrohungen, vor denen sich Menschen akut fürchten, und Risiken, die in der Wahrnehmung entfernter und mithin weniger dringlich erscheinen, ist hier hilfreich.

Bedrohungen werden umso stärker wahrgenommen, je kleiner der Raum für Primärerfahrungen ist. So lässt sich erklären, dass Angst vor bestimmten sozialen Entwicklungen in denjenigen Räumen am höchsten ist, die davon am wenigsten betroffen sind, aber über die Medien davon erfahren. Oder dass ältere Menschen mit weniger sozialen Kontakten in Befragungen eher Furcht bekennen (Slovic 2000). Die Erklärung in beiden Fällen ist, dass die mediale Vermittlung von Bedrohungen Furcht hervorbringt. Denn Katastrophen, Verbrechen und Bedrohtheit haben einen hohen Nachrichtenwert und dominieren deshalb die Berichterstattung gegenüber anderen alltäglichen Vorkommnissen. In ihrer medialisierten Form stellt sich die Welt durch diese Fokussierung als unsicherer dar. Menschen werden dadurch für Maßnahmen gegen diese (scheinbare) Unsicherheit empfänglicher.

Bei der Bewertung der medialen Darstellung von Risiken – seien es medizinische, technologische oder infrastrukturelle – ist zwischen der Wahrnehmung und Urteilsbildung von Experten und Bevölkerung zu unterscheiden. Die Urteilsbildung von Experten zeichnet sich durch spezifisches, in der Gesellschaft möglicherweise noch nicht weit verbreitetes Fachwissen aus. Weiterhin stimmen Experten in ihren Darlegungen über die Risiken bestimmter Entwicklungen jedoch nur selten überein, was unter anderem der nachrichtenwerttauglichen Zusammensetzung von Expertenrunden mit Pro- und Contra-Meinungen geschuldet ist. Die Gesellschaften stehen also vor divergierenden Fachmeinungen über bestimmte Risiken, beispielsweise hinsichtlich der Weiterführung oder dem Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Kernenergie, die beide mit bestimmten Risiken verbunden sein können: Wird z.B. die zivile Nutzung von Kernenergie weitergeführt, kann es zu Störfällen und Problemen der Endlagerung kommen; wird aus der zivilen Nutzung von Kernenergie ausgestiegen, können internationale Konflikte um die knappen Energieressourcen entstehen. Dabei ist erstaunlich, dass erstens wenn auch mit gewissen geschlechts- und altersspezifischen Differenzierungen, die Risikoeinschätzung in bestimmten Gesellschaften relativ ähnlich ausgestaltet ist. Und zweitens verwundert, welche Risiken als besonders hoch eingeschätzt werden (vgl. Slovic 2001 mit ausführlichen empirischen Untersuchungen; Glassner 1999 mit Fallstudien). So gilt der Missbrauch von Medikamenten als geringes, die Verbreitung von Nuklearwaffen als hohes Risiko (Slovic 2001: 422). Dabei ist die Darstellungen von Unwägbarkeiten und Nutzen entscheidend: Je nachdem, ob eher die Vorteile oder die Nachteile wahrgenommen werden, entwickelt sich Zu- oder Abneigung gegenüber bestimmten technologischen Möglichkeiten. Hierfür spielen die Medien eine kaum zu überschätzende Rolle.

Die Bedeutung der Medien kann im Einzelfall jedoch sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Nachdem im Zusammenhang mit der Invasion der amerikanischen Truppen in Somalia der CNN-Effekt behauptet wurde (Stech 1994) – d.h. dass bestimmte Formen der Medienberichterstattung in der Lage sind, politische Entscheidungen hervorzurufen (Livingston 1997) – haben sich viele Fallstudien mit dem Verhältnis von Politik und Medien beschäftigt. Im Ergebnis sind die Untersuchungen ambivalent. Vor allem konnten Fallstudien zur Invasion in Somalia nachweisen, dass eine politische Entscheidung der amerikanischen Regierung gefallen war, bevor die breite Berichterstattung der Medien, insbesondere von CNN einsetzte.

„If television contributes to the U.S decision to act, it did so under the influence of governmental actors – a number of senators, a House committee, a presidential candidate, and figures

within the Bush administration – who made efforts to publicize events in Somalia, interpret them as constituting a crisis, and encourage a U.S. response. The lesson of Somalia is not just about the influence of television on Washington; it is also about the influence of Washington on television“ (Mermin 1999: 121).

Das bedeutet nicht, dass der CNN-Effekt ein Mythos ist; er ist jedoch von Umständen abhängig, die jenseits des Medieneinflusses liegen. Robinson (2002b) hat hierzu drei Stufen des Medieneinflusses identifiziert: Wenn im politischen Prozess Entscheidungen für eine Intervention gefallen sind und durchgesetzt werden können, erweist sich der Einfluss der Medien als gering. Wenn Unsicherheit über die angemessene politische Handlungsweise besteht, steigt der Medieneinfluss auf die Entscheidung an. Wenn die gewählte Handlungsweise mit geringen Kosten für die eigene Gesellschaft verbunden ist, insbesondere bei nicht-militärischem Eingreifen und Hilfslieferungen, erweist sich der Medieneinfluss als groß (Livingston 1997: 11). Und er besteht auch bei militärischem Eingreifen, sofern es sich um das distanzierte Kampfverhalten einer postheroischen Gesellschaft handelt. Der Einfluss der Medien sinkt dagegen rapide, wenn der Einsatz von Bodentruppen auf Kriegsschauplätzen geplant ist (Robinson 2002a: 117-125.). Die prozedurale Festigkeit der politischen Entscheidung ist für die konkrete Ausgestaltung des Verhältnisses von Politik und Medien somit die entscheidende Variable: Medien spielen in diesem Fall eine der Politik nachgeordnete Rolle, denn sobald sich politische Entscheider auf eine Politik festgelegt haben und diese mit entsprechenden PR-Maßnahmen kommunizieren, werden die Medien auch davon beeinflusst (Robinson 2002a: 120-121).

Medien können also nur unter bestimmten Umständen Einfluss auf eine Interventionsentscheidung ausüben. Davon abgesehen sind sie jedoch für die *Legitimation* des Regierungshandelns von ausschlaggebender Bedeutung. Sie verbreiten insofern nicht nur Wissen um die sicherheitspolitischen Herausforderungen und die mit ihnen verbundenen Risiken oder Chancen, sondern setzen auch die Maßstäbe, mit denen die angemessene und richtige Handlungsweise der jeweils eigenen Regierung bewertet wird.

Aus der Perspektive der Medienakteure wird Sicherheit vor allem als Nachrichtenwert gesehen, insbesondere, da bedrohte Sicherheit die Aufmerksamkeit steigert und zu einer erhöhten Berichterstattung führen kann (Luhmann 2004: 58-72; Schulz 1976: 32-34). Als bedrohlich eingestufte Nachrichten können zu einer Krise kulminieren, wenn sie Dringlichkeit vermitteln, grundsätzlich vitale Werte (wie z.B. Sicherheit) als gefährdet darstellen und militärische Kampfhandlungen wahrscheinlich machen (Knecht/Weatherford 2006: 709; Löffelholz 2004: 48). Aus einem medien- oder kommunikationswissenschaftlichen Blickwinkel würde den Medien demnach ein wesentlich größerer Handlungsspielraum beigemessen als aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive, da Medien aufgrund ihrer Darstellungs- und Interpretationsmacht durchaus Einfluss auf die Ausgestaltung von Außen- und Sicherheitspolitik nehmen können (Hanitzsch 2004). Ein Beispiel für diesen Einfluss ist die asymmetrische Fokussierung der deutschen Medien auf den Afghanistaneinsatz im Rahmen der *International Security Assistance Force* (ISAF): Obgleich das Auswärtige Amt federführend für den Afghanistaneinsatz ist und auch das Entwicklungs- und das Innenministerium in erheblichem Maß in Afghanistan engagiert sind, richtet sich ein Großteil der medialen Aufmerksamkeit auf die Reaktionen und Stellungnahmen des Verteidigungsministeriums und des Bundeskanzleramtes. Beide Institutionen haben aufgrund ihres Arbeitsbereiches („Sicherheit“) oder aufgrund der Machtbündelung („Kanzleramt“) aus der Me-

dienperspektive einen höheren Nachrichtenwert als die übrigen Einrichtungen der Ministerialbürokratie, obgleich diese politisch gleichrangig sind.

Der Zusammenhang von Sicherheit und Medien ist durch die veränderten technologischen und politischen Bedingungen in den letzten Jahren weit stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt (Viehrig 2007: 208; Löffelholz 2004: 13-14). Die Rolle der Medien im Vorfeld des Irakkrieges 2003 beispielsweise wurde intensiv diskutiert, weil sich abzeichnete, in welchem hohem Maß die Medienakteure von politischer Steuerung überzogen waren (Kutz 2006). Das Verhältnis zwischen Politik und Medien war in dieser konkreten historischen Situation sehr einseitig ausgestaltet und es bestand eine hohe Informationskontrolle seitens der amerikanischen Regierung, deren Informationspolitik im Zeitverlauf dann aber zunehmend hinterfragt wurde (Jäger/Viehrig 2008). Doch reicht es nicht, dieses Verhältnis allein situativ zu erfassen, vielmehr handelt es sich um einen dynamischen Prozess. James Risen, Journalist der *New York Times*, beschrieb diese Konsequenzen am Beispiel der besonders sensiblen Informationssammlung und -analyse. Sie ergaben sich vor allem aus den veränderten Kommunikationsbedingungen, insbesondere der Realzeitkommunikation für die Seite der Politik bzw. konkret die sicherheitspolitische Bürokratie:

„Aufgrund der wachsenden Zahl von Fernsehsendern und später durch das Internet stieg allgemein der Druck auf die Politik, auf aktuelle Krisen sofort zu reagieren. Und die Politik gab diesen Druck an die CIA weiter. Manchmal wechselten die Launen täglich. Langfristige Recherchen und eingehende Analysen litten darunter, dass sich die Abteilungsleiter und Analytiker der CIA auf einen Wettlauf mit der Zeit einließen... Sie verwandelten sich in die Geheimdienstversion eines Fernsehreporters“ (Risen 2006: 15).

Dieses veränderte Kommunikationsverhalten wirkt nicht nur auf die Nachrichtendienste, sondern auch auf andere Bürokrationen wie Außen- und Verteidigungsministerien und ebenso auf die private Wirtschaft ein. Die Möglichkeiten der Realzeitkommunikation – die wesentliche Ursache von Globalisierungsprozessen – haben in allen Bereichen, auch in der Wissenschaft, zu grundlegend neu organisierten Arbeitsprozessen geführt. In welchem Ausmaß die mögliche politische Steuerung dann von den Medien übernommen oder ob die regierungsseitige Kommunikation kritisch hinterfragt wurde, hängt mit unterschiedlichen Ausgestaltungen der Medien selbst, aber auch mit dem jeweiligen politischen Umfeld zusammen.

Weiterhin wurde in den letzten Jahren deutlich, von welcher großen Bedeutung die Rolle der Medien im Konfliktmanagement ist, wie sehr die Entwicklung lokaler Konflikte auch von der Gestaltung des Meinungsumfeldes durch Informationssteuerung abhängt. Deshalb wurden in den Balkanländern während der Wiederaufbauphase auch besonders die Medien und der Informationssektor gefördert (s. der Beitrag von Friederike v. Franqué in diesem Band). Und schließlich wurden neue Bereiche, etwa der Klimawandel oder die Asylpolitik, für die mediale Darstellung als sicherheitspolitische Themen erschlossen. Dies sind nur einige Beobachtungen, die zur Frage führen, wie und in welcher Weise sich das Verhältnis von Sicherheit und Medien verändert hat.

Deshalb stellt sich aus politikwissenschaftlicher Perspektive auch die Frage, welche neuen Wertverteilungen aus dem veränderten Verhältnis von Sicherheit und Medien sowohl innerhalb der jeweiligen Gesellschaft als auch international resultieren können. Dies betrifft nicht nur die Werte auf dem Gebiet der Sicherheit, die allerdings hier unseren Zugang zu dieser Frage bilden, sondern hat auch nachhaltige Auswirkungen auf die Sachgebiete Wirt-

schaft und Herrschaft. Auf allen drei Gebieten trägt das gewandelte Verhältnis von Medien- und Sicherheitsakteuren dazu bei, dass Werte anders verteilt werden als noch vor einigen Jahrzehnten. Denn die wirtschaftliche Entwicklung in Staaten hängt eng mit der jeweiligen Sicherheitslage zusammen; unsichere Verhältnisse ziehen höhere Preise für bestimmte Güter nach sich und verhindern Investitionen. Asymmetrische Konflikte tragen zur Reproduktion gewaltmarktlicher Strukturen bei, die zum Teil transnational anschlussfähig sind. Unsichere Verhältnisse verhindern eine reguläre Steuererhebung mit erheblichen Konsequenzen für die Funktionsfähigkeit und mithin Legitimität des Staates. Auch die Chancen auf genuine Demokratisierungsprozesse sind deshalb mit der Entwicklung der Sicherheitslage vor Ort und deren Wahrnehmung in denjenigen Staaten verbunden, die dort Sicherheitsinteressen verfolgen. Die politischen, sicherheitspolitischen und ökonomischen Entwicklungen der lateinamerikanischen Staaten sind hier beispielhaft zu nennen. Um beispielhaft auf die langanhaltende Drogenpolitik der USA hinzuweisen:

„After Reagan’s successor, George Bush, declared in his first televised address as president that ‚the gravest domestic threat facing our nation today is drugs‘, the number of stories on network newscasts tripled over the coming weeks, and public opinion changed significantly“ (Glassner 1999: 133).¹

Die bestehenden und wahrgenommenen Bedrohungen führen zu dem veränderten Verhältnis von Sicherheit und Medien zurück. Diese Veränderungen hängen eben auch mit den jeweiligen Umgestaltungen in den beiden Bereichen Sicherheit und Medien selbst zusammen. Denn die Grundlagen von und die Anforderungen an Sicherheitspolitik haben sich stark gewandelt. Gleiches gilt für die technischen Möglichkeiten und die politische Bedeutung von Medien, die sich in den letzten Jahrzehnten stärker verändert haben als in den Jahren zuvor.

2 Erweiterte Sicherheit, weite Medien

In unseren Beiträgen gehen wir sowohl von einem erweiterten Sicherheitsbegriff als auch von einem weit gefassten Begriff der Medien aus. Zum Sicherheitsbegriff: Die früher übliche Unterscheidung von innerer und äußerer Sicherheit lässt sich unter den veränderten Bedingungen transnational eng verbundener Gesellschaften nicht mehr aufrechterhalten (BMVg 2006: 11, 18, 67). Das wird besonders dann deutlich, wenn es um Fragen der Computernetzwerksicherheit geht. Aber auch in allen anderen Bereichen, in denen durch Prozesse der Globalisierung und Transnationalisierung die Kontrollmöglichkeiten des Staates an bestimmten Punkten – bspw. Grenze, Hafen und Posteingang – nicht mehr in dem Maß gegeben sind, das einmal vor Jahrzehnten existiert hat.

Die Veränderung des Sicherheitsbegriffes hängt einerseits mit der Vervielfachung der Beziehungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zusammen, die ein Interaktionsvolumen erzeugen, das sich der schieren Menge wegen der Kontrolle entzieht, aber andererseits auch mit der Beschleunigung der Kommunikationsprozesse, die entschleunigt werden müssten, wenn Kontrollmechanismen eingebaut werden sollten (s. der Beitrag von

¹ Zu den Konsequenzen der US-amerikanischen Drogenpolitik für die politische und ökonomische Ordnung in den betroffenen Staaten Lateinamerikas vgl. Jäger/Daun/Lambach/Lopera/Maass/Margraf (2007).

Christoph Rohde in diesem Band). Die Beschleunigung der Kommunikationsprozesse jedoch stellt einen wesentlichen Faktor gesellschaftlichen Fortschritts dar, der insbesondere auch auf dem Sachgebiet der Wirtschaft durch Produktentwicklungsketten, Finanztransaktionen und Informationsgeschwindigkeit erhebliche Wirkung entfaltet. Ebenso verändern die eigenständigen Beziehungen gesellschaftlicher Akteure in die staatliche und nichtstaatliche Umwelt hinein die Bedingungen internationalen Handelns, denen alle Akteure – auch die Staaten – unterliegen. Die Realzeitkommunikation umfasst alle Felder des erweiterten Sicherheitsverständnisses, das sich über den militärischen Bereich hinaus erstreckt auf politische, ökonomische, ökologische, soziale Handlungsfelder (Buzan 1997: 15-20).

Unser Augenmerk gilt dem Phänomen, dass der Wert Sicherheit die Handlungsbedingungen in den jeweiligen Handlungsfeldern verändert. Die wirtschaftliche Sicherheit von Staaten, Unternehmen und Menschen kann durch die Fähigkeit zu beschleunigter Kommunikation oder den Ausschluss davon erheblich bestimmt werden. Auch die Fähigkeit zur politischen Partizipation ist hiervon beeinflusst; unter den Bedingungen unsicherer oder langsamer Kommunikation ist eine andere Teilhabe zu erreichen als unter den Bedingungen sicherer und beschleunigter Kommunikation.

Diese Neubestimmung der Handlungsbedingungen gilt sowohl für die Seite der Sicherheitsakteure, die über beschleunigte Kommunikation verfügen, als auch für die Seite der Berichterstatter, die ebenfalls schnell und aus abgelegenen Gebieten senden können. Damit wird, um beim Beispiel beschleunigter Kommunikation zu bleiben, die Bedeutung der Printmedien für die Meinungsbildung und Entscheidungslegitimation nicht notwendig reduziert; sie spielen weiterhin eine gewichtige politische und themensetzende Rolle, werden von den Eliten stärker rezipiert als andere Medien, werden aber ergänzt und zum Teil überholt durch die elektronischen Medien (TV) und die globalisierten Medien (Internet ; s. der Beitrag von Ibrahim Ahmadov in diesem Band).

Das Verhältnis von Sicherheit und Medien ist politisch und politikwissenschaftlich deshalb von besonderer Bedeutung, weil es zwei Entwicklungen umfasst – Medialisierung und Versicherheitlichung – die jede für sich und darüber hinaus in ihrer Beziehung zueinander stets weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Die Medialisierung der Gesellschaft, die Durchdringung stets neuer Lebensbereiche mit immer mehr medialer Substanz, ist breit beschrieben worden (Donges 2008; Imhof 2006; Krotz 2003). Ebenso hat sich das Verständnis von Sicherheit erweitert. Aus dem einstmals vornehmlich für außenpolitische und kriminalistische Vorgänge reservierten Begriff wurde ein Konzept zur Erfassung aller Bereiche menschlichen Lebens (Buzan/Waever/de Wilde 1998). Beide Ausgangspunkte – die Versicherheitlichung einerseits und die Medialisierung andererseits – eröffnen neue Möglichkeiten zur politischen Analyse. In ihrer Bezogenheit aufeinander stellen sie für die Politikwissenschaft eine besondere Herausforderung dar.

3 Teleaktion oder Multiplikatorfunktion?

Die Analyse der neuen Handlungsbedingungen bewegt sich zwischen zwei Polen: der Teleaktion und der Multiplikatorfunktion. Auf der einen Seite ist eine dreifache Aufhebung von Handlung zu beobachten, die durch Teleaktion ersetzt wird (Virilio 1997): Handlungen werden bewahrt, es wird weiter gehandelt; sie werden ersetzt, indem anders gehandelt wird; und – zumindest aus Sicht der Akteure – werden sie auf ein höheres Niveau gehoben. Denn

Teleaktion simuliert nicht nur eine neue Realität, sondern schafft auch gleichzeitig eine neue Realität, die die bisherigen Handlungsräume ersetzt. Am Beispiel des zweiten Golfkrieges bezeichnet Paul Virilio die Teleaktion als eine „Situation der absoluten Interaktivität“, deren Zweck

„in erster Linie das Ende der Zeiträume [ist], die dringliche Notwendigkeit einer absoluten Nähe zwischen den militärischen und zivilen Protagonisten, mit dem erklärten Ziel, die Zeitspanne zwischen Intention und Aktion so weit wie möglich zu annullieren“ (Virilio 1997: 16).

Als Träger von Teleaktion werden in unserer Terminologie globalisierte Medien beschrieben, die die Raum-Zeit-Dimensionen menschlichen Handelns gegen Null komprimieren (Jäger 2005: 14). Für diese Komprimierung werden sehr unterschiedliche Mittel benötigt, die auch die Aufhebung der Unterscheidung ziviler und militärischer Mittel verdeutlichen: Computer, Satelliten, Präzisionsraketen, Software, gepanzerte Wagen, Netzwerke, Datenbanken, Soldaten, IT-Techniker – je nach dem zu erfüllenden Auftrag. Der Krieg – und das gilt analog für andere sicherheitspolitische Herausforderungen auch – verlagert sich dann in die Teleaktion, die zwar noch ihre realen Wirkungen entfaltet, aber nicht mehr im realen Raum, sondern im virtuellen Raum geführt wird. Besiegt ist ein Feind, wenn seine Niederlage medial vermittelt werden kann. Das bedeutet nicht, dass die medialisierte Form der Auseinandersetzung vollständig abgehoben von den Realereignissen vollzogen werden kann; jedenfalls nicht, solange mehrere konkurrierende Medien bestehen und sie in Konkurrenz zueinander berichten. Wenn das nicht der Fall ist oder für kurze Zeit eine Parallelisierung der Berichterstattung organisiert werden kann, ändert sich diese Bedingung. In *Wag the Dog* ist dieser Prozess mit filmischer Übertreibung dargestellt worden; in der Vorphase des Irakkrieges 2003 erteilte er die amerikanischen Medien real. In einer dynamischen Betrachtung mischen sich also Prozesse der Teleaktion mit anderen Formen der Gestaltung des Verhältnisses von Politik und Medien, wobei jede dieser Formen auf Zeit prägender sein kann als andere. Je intensiver die mit einer Handlung verbundenen Interessen und je höher die über die Ereignisse ausgeübte Kontrolle im Zeitverlauf ist, desto eher können Teleaktionen das Handlungsgefüge prägen.

Kriege und Wahlkämpfe weisen abstrakt betrachtet eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf: Barack Obama gestaltete Kommunikation stets so, dass ein Höchstmaß an Kontrolle über seine Botschaft bestand. Seine Reden wurden stets abgelesen; seine Interviews zum Teil mit virtuellen Interviewpartnern geführt, in anderen Fällen blieben die Fragen für die eigentlichen Adressaten ungehört, weil die Interviewer kein Mikrophon erhielten. Seine davon zu unterscheidende Realkommunikation blieb in ihrer medialen Wirkung stets unter der Aufmerksamkeitsschwelle, die der Teleaktion gewidmet wurde. Dies war ein gewichtiger Unterschied zu seinem Gegenkandidaten John McCain. „McCain thinks that reality is something that really exists, that has to be dealt with, instead of recognizing that we live in a Brave New World where highly paid symbolic analysts construct reality by manipulating symbols“ (Gallagher 2008). Das widerspricht dem oben berichteten Befund nicht, dass der Medieneinfluss von vielen Faktoren (Politikfeld, Kosten, Gegenbilder) anhängig ist. Auch die Teleaktion muss eine reale Grundlage haben, zumindest in den Wahrnehmungsfähigkeiten der Adressaten. Sie kann sich jedoch auf Zeit – weshalb ein Wahlkampf hierfür sogar ein besseres Beispiel ist als ein zeitlich nicht zu kalkulierender Krieg – als die stärkere Form der gesellschaftlichen Auseinandersetzung erweisen.

Auf der anderen Seite wird die Multiplikatorfunktion, d.h. die interessengeleitete Nutzung von Medien zur Steuerung gesellschaftlicher Wahrnehmung als vorrangiges Merkmal der neuen Handlungsbedingungen von Sicherheits- und Medienakteuren beschrieben (Robinson 2002a: 120-121; Mermin 1999: 121). Beide Ansätze – Teleaktion und Multiplikatorfunktion – zeigen einige Überschneidungen, insbesondere die *top-down*-Steuerung des politischen Prozesses, und stehen doch in einem Gegensatz zueinander. Denn im Fall von Teleaktion wird das Geschehen in die Medien verlagert, und kann so für eine gewisse Zeit zuwiderlaufende Realentwicklungen überlagern. Am Ende haben aber auch die Teleaktionen reale Konsequenzen. Anders als Virilio annahm, lassen sich die Teleaktionen jedoch nicht auf Dauer stellen, sie ziehen Geschehen eben nur für eine gewisse Zeit von der Realität ab, auf die sie freilich umso stärker zurückwirken. Medien werden zu Akteuren. Im Fall von Steuerung der gesellschaftlichen Wahrnehmung wirken Medien als Multiplikatoren, sie werden mit politischen Botschaften versehen und kommunizieren Interessen, denen sie als Mittel zum Zweck dienen (Glassner 1999).

Medien werden in manchen Analysen als Informationsmultiplikator einer politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Elite dargestellt (Dylla 2008; Brown 2003) und die Tatsache, dass in weniger demokratisch organisierten Gesellschaften der Kontrolle von Medien besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, scheint dafür zu sprechen, dass sie bei der Vermittlung der seitens der Eliten gewünschten Inhalte eine wichtige Rolle spielen. Diese Funktion der Medien ist breit und gut dokumentiert (Entman 2000; Bennett 1994).

Über diese Verbindung von Eliteninteresse, Medieninhalt und Rezipientenwahrnehmung hinaus weist Barry Glassner darauf hin, dass nicht nur Eliten, sondern auch Rezipienten Medieninhalte steuern, wobei die Verbindung zwischen Eliten und Gesellschaft über soziale Schuldgefühle hergestellt wird (Glassner 1999: 72). Regierungsseitiges Handeln löst demnach bei denjenigen, die es legitimieren, ohne es moralisch gutzuheißen, Schuldgefühle aus, mit denen sie nur dadurch umgehen können, dass sie diese auf diejenigen projizieren, die von den Handlungen benachteiligt wurden. Auf diese Weise werden Bilder von gefährlichen Personen und Gruppen erzeugt, die durch die Medien reproduziert werden. Der Umgang mit der farbigen Bevölkerung in den USA ist für Glassner ein solches, gut dokumentiertes Beispiel. Die Benachteiligung dieser Minderheit wird durch die Projektion von Verbrechen und Gefährlichkeit auf sie gerechtfertigt. Diese Bilder werden allerdings nicht reproduziert, weil dies regierungsseitig gewünscht oder verordnet wurde, sondern weil es gilt, die kognitiven Dissonanzen der Rezipienten zu verhindern und ein stabiles Weltbild beizubehalten. Durch diesen eigenen Wunsch und das entsprechende Angebot auf der Medienseite werden letztendlich die Bedingungen dafür hergestellt, dass Medieninhalte konsumiert werden. Denn anders lassen sich – so Glassners Annahme – soziale Schuldgefühle nicht bewältigen.

Beide Funktionen von Medien, das Spielfeld der Teleaktion zu sein und als Multiplikator von Regierungs- oder Eliteninteressen zu dienen, schließen sich nicht aus – im Gegenteil: Sie können sich ergänzen und tragen auf diese Weise zur politischen Stabilität und Handlungsfähigkeit der Eliten bei. Sie unterscheiden sich vor allem im Zeitrahmen, in dem sie effektiv umgesetzt werden können, ohne dass die Realität, auf die sie einwirken, die sie aber nicht kontrollieren, die Steuerung der Symbole unterläuft und aushöhlt. Über die Herstellung und Reproduktion von Auto- und Heterostereotypen werden somit die Grundlagen einer breiten Rezeption in der Gesellschaft gelegt.